

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

herausgegeben von
Friedrich W. Busch und Hans-Joachim Wätjen

In der Reihe *Oldenburger Universitätsreden* werden unveröffentlichte Vorträge und kürzere wissenschaftliche Abhandlungen Oldenburger Wissenschaftler und Gäste der Universität sowie Reden und Ansprachen, die aus aktuellem Anlaß gehalten werden, publiziert.

Die *Oldenburger Universitätsreden* werden seit 1986 herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Institut für Erziehungswissenschaft 1, und – bis zur Nummer 124 – Ltd. Bibliotheksdirektor Hermann Havekost, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der Universität Oldenburg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Anschriften der Herausgeber:

Prof. Dr. Friedrich W. Busch
Institut
für Erziehungswissenschaft 1
Postfach 25 03
26111 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4909
Telefax: 0441/798-2325
e-mail:
friedrich.busch@uni-oldenburg.de

Ltd. Bibl. Dir. Hans-Joachim Wätjen
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4000
Telefax: 0441/798-4040
e-mail:
waetjen@bis.uni-oldenburg.de

Redaktionsanschrift:

Oldenburger Universitätsreden
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
z.H. Frau Barbara Šíp
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-2261
Telefax: 0441/798-4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

Nr. **127**

Michael Daxner

Erziehung im Kosovo

Wie baut man eine zivile Gesellschaft?

2001

VORWORT

Eine schwierigere Aufgabe hätte er nach seiner zwölfjährigen Amtszeit als Präsident der Oldenburger Universität kaum übernehmen können: Prof. Dr. Michael Daxner arbeitet seit Anfang dieses Jahres für die „United Nations Interim Mission in Kosovo“ (UNMIK). Als Minister (Head of Department) und Leiter der Universität ist er für den Neuaufbau des gesamten Bildungswesens im Kosovo zuständig.

Auf Einladung der Universitätsgesellschaft berichtete Michael Daxner am 17. Juni 2000 im Oldenburger Kulturzentrum PFL eindrucksvoll über seine Arbeit in dem durch ethnische Konflikte, Unterdrückung, Gewalt und Bürgerkrieg traumatisierten und geschundenen Land.

Er analysiert dabei zunächst kurz die historischen und politischen Rahmenbedingungen der UNMIK-Mission, zu denen auch die Schwierigkeiten bei der Bildung einer Identität gehören, wenn historische Mythen auf beiden Seiten sinnlos kultiviert werden. Im Mittelpunkt seines Vortrages stehen aber die Erfolge und die großen Schwierigkeiten beim Aufbau neuer Strukturen im Bildungs- und Hochschulwesen. Michael Daxner gibt einen Einblick in die Arbeit seines für die vielen Aufgaben zu kleinen Stabes von internationalen Experten und einheimischen Verwaltungskräften. Er und seine Administration haben viel zu tun: die Reform von Curricula, der Bau und Wiederaufbau von Schulen, die Entbürokratisierung, die Abschaffung von Frontalunterricht, die Bezahlung von Hochschullehrern, der Druck von Zeugnissen (aber ohne albanischen Doppeladler), die Ausbildung und Einstellung neuer Lehrer ... – all dies und noch viel mehr muss unter Erfolgs- und Zeitdruck entschieden und organisiert werden. Der Reformier Daxner muss dabei oft feststel-

len, „*dass die bestehenden Strukturen nicht reformiert werden können, sondern dass man sie teilweise neu erfinden muss.*“

Allen praktischen Schwierigkeiten und der noch gegenwärtigen Feindschaft zwischen albanischen und serbischen Kosovaren zum Trotz glaubt Michael Daxner an das Gelingen der UN-Mission. Er begreift sie als einmaliges und erstmaliges Experiment. Die wenige Monate nach seinem Vortrag friedlich durchgeführten Kommunalwahlen scheinen den Erfolg und das politische Experiment einer Mandatsverwaltung durch die UN zu bestätigen.

Doch Michael Daxner ist nicht nur optimistisch, als Realist weiß er, dass es noch viele Jahre dauern wird, bis eine zivile Gesellschaft wieder aufgebaut sein wird. Vor allem wird dazu mehr internationale Hilfe von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen benötigt als wir gegenwärtig leisten. Um so eindringlicher fordert Daxner denn auch, dem drohenden abnehmenden Interesse des Auslands entgegenzuwirken. Die Berichterstattung über die Arbeit der UN im Kosovo kann die Bereitschaft zu einer stärkeren finanziellen und praktischen Unterstützung fördern. Die Herausgeber der Oldenburger Universitätsreden hoffen, dass auch unsere Universität sich noch mehr als bisher in Projekten oder mit praktischer Hilfe für den Aufbau einer zivilen Gesellschaft im Kosovo engagieren wird und so auch ihren ehemaligen Präsidenten bei seiner schwierigen Arbeit unterstützt.

Oldenburg, im November 2000

Hans-Joachim Wätjen

PROF. DR. MICHAEL DAXNER

Erziehung im Kosovo

Wie baut man eine zivile Gesellschaft?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Als ich vor einigen Wochen unter abenteuerlichen Umständen für ein paar Tage nach Montenegro musste, empfand ich das Überschreiten der Grenze als Eintritt in eine andere Wirklichkeit. Das arme, wunderschöne und politisch höchst zweifelhafte Land entfachte eine solche Pracht an vordergründiger Normalität, dass ich genießen konnte, was eigentlich Opfer eines kritischen Blickes hätte werden müssen. Nun können Sie sich vorstellen, wie ich mich in Oldenburg fühle. Ich arbeite jetzt seit vier Monaten für die UN im Kosovo, seit zwei Monaten zuständig für das gesamte Erziehungswesen, die Universität und die Forschung. Ich habe eine Reihe von Maßstäben radikal ändern müssen, um zu leben und arbeiten zu können, und ich werde einige Mühe haben, mich Ihnen verständlich zu machen.

Wer heute über Kosovo berichtet, sieht sich einerseits einer Fülle schnell hingeschriebener Literatur und Medienberichten gegenüber, andererseits einem bedrohlich abnehmenden Interesse der internationalen Gemeinschaft an einem Land und seinen Menschen. Wenn Bernard Kouchner, der von Kofi Annan eingesetzte Chef der UNMIK-Mission, immer wieder darauf aufmerksam macht, dass wir zu wenig Geld haben, dass mehr und nachhaltige Hilfe zum Aufbau einer ganzen Gesellschaft

im Kosovo gebraucht werden, dann mag man bedenken, dass die Prognosen für eine rasche und nachhaltige Erholung der Gesellschaft im Kosovo in der seltsamen Euphorie des letzten Sommers entweder leichtfertig oder bössartig gewesen sein müssen. Es wird Jahre dauern, bis diese Gesellschaft wieder intakt ist, und trotzdem haben wir nur ganz wenig Zeit. Denn die einmalige Gelegenheit, über die ich sprechen werde, wird bald in eine internationale Routine übergehen, während die Aufmerksamkeit sich unter dem Terror der Aktualität anderen, interessanteren, größeren und wichtigeren Zielen zuwenden wird. Ich halte das schon wegen der Einmaligkeit und Erstmaligkeit unseres Experiments für fatal, und ich werde versuchen, gegenläufig zu argumentieren.

Zur Erläuterung an dieser Stelle: UNMIK, das für "United Nations Interim Mission in Kosovo" steht, koordiniert mit Regierungsgewalt die vier Hauptfelder des Aufbaus: Flüchtlingsfragen (federführend der UNHCR – Hochkommissar für das Flüchtlingswesen), Aufbau von Demokratie und Recht (in den Händen der OSZE), Ökonomie (EU) und schließlich die Zivilverwaltung. Dort arbeite ich mit 15 anderen Heads of Departments (Ministern) zusammen, an deren Spitze Tom Koenigs steht. Im Rahmen der JIAS (Interimistische Übergangsregierung) ist uns je ein "lokaler" Co-Head zugeordnet, meist ein albanischer Kosovar, es gibt aber auch serbische. – Neben UNMIK spielen beim Aufbau die NGOs eine bedeutende Rolle. NGO bedeutet "Non-Government Organization" – und das kann alles sein, von Terre des Hommes über Amnesty bis zu Psychogruppen und Schulbauhelfern, aber auch Regierungsorganisationen wie der deutschen GTZ. 450 NGOs sind bei UNMIK registriert.

Ich kann Sie nun mit Anekdoten, wahren Begebenheiten und der Schilderung meiner Lebensumstände in ein Land entführen, das allen Bedürfnissen von Vorurteilen gegenüber dem Balkan, den Orientalen, den Halbwilden am Rande Europas, gegenüber denen, die sich besser selbst die Köpfe einhauen als von uns helfen lassen, entgegen kommt. Ich werde diese Variante

nicht wählen, sondern dazu nur so viel sagen: Wer als Internationaler im Kosovo arbeitet, sollte besser nicht zu viel Zeit und vor allem Gedanken an die Organisation seines eigenen Alltags und seiner Lebensumstände verschwenden, weil er dann weder der Wirklichkeit gerecht wird noch zu irgendeiner sinnvollen Arbeit kommt.

Ich wähle deshalb einen anderen Zugang: Ich werde Ihnen zuerst etwas über die Rahmenbedingungen erzählen und dazu einige Daten und Fakten präsentieren, und dann sehr schnell auf meinen eigenen Arbeitsbereich zu sprechen kommen. Erst am Ende werde ich mich einigen Problemen zuwenden, die mit der Gestaltung einer künftigen zivilen Gesellschaft zu tun haben. Die Zeit ist viel zu kurz und die Probleme sind zu komplex, als dass ich Sie mit Bewertungen und Exkursen zur großen internationalen Politik und den möglichen Deutungen dazu belasten möchte. Nur so viel: Wenn ich nicht von der Richtigkeit des Gesamtkonzepts überzeugt wäre, würde ich nicht in Priština arbeiten, und was alles an kritikwürdigen Details zu vermerken ist, können Sie besser von den nach dieser Kritik süchtigen Vertretern der veröffentlichten Meinung hören als von mir, der ich nicht aus deutscher oder österreichischer Sicht meine private Weltpolitik vertrete, sondern dort, im Rahmen einer politisch gesetzten Strategie, in sehr, sehr engen Spielräumen tätig bin.

Kosovo hat etwa die Größe des Regierungsbezirks Weser-Ems, 10.000 Quadratkilometer. Im Süden und Westen ist das Land von sehr hohen, bis in den Sommer beschneiten Gebirgsketten eingeschlossen, auch der Norden und Osten ist gebirgig. Das Land wird von mehreren Höhenzügen durchschnitten, die sehr fruchtbare Agrargebiete umschließen, Felder, deren berühmtestes das Amselfeld ist. Südlich von Priština liegt Kosovopolje, oder auf albanisch Fushe Kosovo. Dieser historische Ort einer epochalen Niederlage von Albanern und Serben gegen den anstürmenden Islam hat den Mythos der serbischen Tradition und einen Keim des ethnischen Konflikts gelegt, aber auch dazu

nur die Anmerkung, dass ich selten auf so viel zusammengelebte, verdrehte, gefälschte und sinnlos verwissenschaftliche Geschichte gestoßen bin wie im Kosovo.

Zur Zeit leben knapp zwei Millionen Menschen auf dem Territorium, das kein Land, kein Staat und keine Provinz ist, aber nach der Sicherheitsratsresolution Nr.1244 als Teil der föderativen Republik Jugoslawien doch nicht zu ihr gehört, sondern von den UN in einer erstmals gewählten Übergangsverwaltung regiert wird. UNMIK, wenn es ANMIK ausgesprochen wird, bedeutet es auf albanisch „Feind“. An vielen Häusern kann man lesen: UCK + NATO = VICTORY. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die Stimmung der Mehrheit der albanischen Kosovaren, spiegelbildlich verkehrt die Empfindungen der Serben, die seit langem eine Minderheit im Kosovo waren, aber nie eine so kleine wie heute: Es leben vielleicht noch 120.000 Serben hier. Anhand der Landkarte kann ich Ihnen einige Besonderheiten des Kosovo kurz erläutern.

Ich arbeite in Priština, einer Stadt, die seit dem Krieg ihre Einwohnerzahl fast verdreifacht hat und heute mit geschätzten 500.000 Einwohnern einen Brennpunkt darstellt, der eine Vielzahl von explosiven Sekundärkonflikten provoziert. Auf dem Weg zu meiner Wohnung auf einem der Hügel um die Stadtmitte herum muss ich jeden Tag an einer wilden Deponie vorbei, die brennt, stinkt und Vögel und Ratten anzieht. Es ist alles viel besser geworden mit dem Müll, aber solche Brennpunkte beseitigen sich nicht ohne Gewalt. Und die wenden wir nicht dafür auf. Aber immerhin hat uns eine kleine Hasenpestepidemie geholfen, ein gewisses Hygienebewusstsein in praktische Handlungen umzusetzen. Insgesamt nimmt Priština sehr schnell Erscheinungen an, wie wir sie aus großen Städten der Dritten Welt kennen, während das Kosovo insgesamt so wenig Dritte Welt ist wie nur irgendetwas, was viele erfahrene UN-Experten und NGOs manchmal verblüfft. Wir sind hier mitten in Europa auf einem sehr weit herunter gekommenen, zerfledderten, geschundenen und auch an seiner eigenen Arro-

ganz gescheiterten Europa, aber daran können wir nichts ändern. Womit ich bei meinem Thema bin.

Die internationale Politik ist unter dem überwölbenden Anspruch der Sicherung von Menschenrechten mit ihrer Intervention angetreten, die Resolution des Sicherheitsrates Nr. 1244/99 hat das im Weiteren ausgeführt. Wie baut man darauf eine Zivilgesellschaft auf? Zunächst möchte man gar nicht so genau definieren, was diese ominöse Zivilgesellschaft eigentlich ist. In einem ganz einfachen Verständnis geht es darum, durch das Einführen demokratischer Strukturen, einer geordneten Rechtsprechung, der Herrschaft von Gesetz über Willkür, garantierter Freiheitsrechte und einer marktwirtschaftlichen Alternative zum sozialistischen Wirtschaftsdesaster die Möglichkeiten zu schaffen, dass die Bewohner des Kosovo wieder zu sich selbst und damit möglicherweise zueinander finden. Die albanische Mehrheit ist so kollektiv traumatisiert wie die geschrumpfte serbische Minderheit und die anderen kleinen Volksgruppen. Eine unendlich komplizierte, aber gut dokumentierte Geschichte wird allseits nicht zur Kenntnis genommen, dafür wird mit großem wissenschaftlichen und rhetorischen Aufwand an Mythen und Legenden gestrickt, die das mangelnde bürgerlich, zivile Selbstbewusstsein kompensieren.

Wir sollen also eine Gesellschaft aufbauen, in der Macht nicht unmittelbar und nach dem Recht des Stärkeren ausgeübt wird, sondern zivil, das heißt durch Regeln und Instanzen vermittelt. Das klingt nicht nur sehr schön, es erscheint zunächst aussichtslos angesichts der Tatsache, dass die ethnische Spaltung mittlerweile platonische Ausmaße angenommen hat. Der Serbe ist der Feind, höre ich von einem fortgeschrittenen Studierenden in einem Gastseminar zu Gedichten von Ingeborg Bachmann. Gleiches hört man von serbischer Seite. Die Situation heizt sich im Vorfeld der Kommunalwahlen auf. Je mehr wir uns bemühen, Heimkehrprogramme auch für Serben zu gestalten, neben den Zehntausenden albanischer Kosovaren, die monatlich zurückkehren müssen, desto gewaltbereiter ist eine

sehr große, meist jugendliche, unreife, von alten Ideologen inspirierte albanische Minderheit, auf alles zu schießen, was serbisch aussieht. Wir lernen sehr schnell zu differenzieren, und nirgendwo vorher habe ich erfahren, wie wichtig es ist, nicht zu pauschalisieren. Wortgewaltige radikale Politiker fahren oft in der Realpolitik einen weitaus gemäßigeren Kurs als die Lokalfürsten im Hintergrund, die Fernsteuerung vieler Serben aus Belgrad ist nicht unmittelbar zu erkennen oder nachzuweisen. Die Aufmerksamkeit der Weltpolitik ist eine sehr zweifelhafte Segnung, aber zugleich die Voraussetzung, dass es sich nicht um eine völlig unmögliche Mission handelt.

Das Erziehungswesen und die Universität spielen in dieser politischen Geschichte eine zentrale Rolle. Vor mehr als elf Jahren begann ein Prozess der überwiegend von den Serben erzwungenen, von den widerständigen Albanern aber auch selbstbewusst polarisierten Ausgrenzung der albanische Mehrheit aus dem öffentlichen Leben, den Bildungseinrichtungen und der Wissenschaft. Das war kein so eindimensionaler Prozess, wie die Albaner ihn heute darstellen, führte aber doch zu einer beachtlichen und über lange Zeiträume vergleichsweise unaggressiven und gewaltfreien Einrichtung einer Parallelstruktur, mit Wahlen, Regierung, ziviler Verwaltung und einem überwiegend aus privaten Zuwendungen aufrechterhaltenen Bildungswesen, einschließlich einem Universitätsbetrieb von beachtlicher Ausdehnung.

Das große Problem der Albaner ist es, ihre ethnische Authentizität und ihre Identität als Wertegemeinschaft gegen die politische Realität durchzusetzen, und das seit Jahrhunderten – meines Erachtens unter Zuhilfenahme der unsinnigsten historischen und mythenbildenden Instrumente und damit jenseits der einfachsten Realitätsprinzipien gesellschaftlicher Konstruktion. Diese Identitätspolitik verhindert das Entstehen einer intellektuellen, kritischen politischen Klasse, die das richtige Gewicht zwischen nationaler Originalität und europäischer Integration

vorbereiten könnte, die aber auch am tatsächlichen Geschehen anstatt an der Geschichtskonstruktion arbeiten könnte.

Ich sehe meine Aufgabe im gesamten Erziehungswesen darin, solche kritische Persönlichkeiten für die Zukunft zu ermöglichen, anstatt der übersteigerten Identitätsphilosophie Vorschub zu leisten. (Ähnliche Probleme bestehen natürlich bei den Serben, aber diese konnten sich wenigstens über die zeitweiligen Erfolge eines Nationalstaates – im 19. Jahrhundert – und der Führungsrolle in einem Föderalstaat – unter Tito – stabilisieren. Dass dies nicht zu einer Vermenschlichung der Politik gegenüber Minderheiten – vor allem den Albanern – geführt hat, ist ja einer der Sachverhalte, die von den Gegnern der UN-Politik oft übersehen werden.)

Nun ganz konkret zu einer Momentaufnahme des Bildungswesens. Es gibt eine allgemeine Schulpflicht von acht Jahren, die in einer binnendifferenzierten Grundschule absolviert wird. Daran schließt eine vierjährige Sekundarstufe an. Etwa drei Prozent der Kinder besuchen die Vorschule. Das berufsbildende Schulwesen hat überwiegend zweijährige Ausbildungsgänge im kaufmännischen, technischen und medizinischen Bereich. Die Lehrerausbildung erfolgt an der Universität in vier Abteilungen für die Grundschulen, in einer Fakultät und in den Fachdisziplinen für die Sekundarstufe. Die große Schwäche des gesamten Systems ist, neben einer unvorstellbaren Rückständigkeit des Frontalunterrichts und Formalismus, vor allem das Ausblenden der praktischen Ausbildungsanteile, was sich bei den Lehrern und in der Medizin sowie bei den Juristen besonders negativ bemerkbar macht. Ca. 800 Schulen, davon weniger als zehn Prozent Minderheitenschulen, gehören in ein System, das zur Zeit etwa 23.000 Lehrer und 5.000 Verwaltungs- und Hilfskräfte beschäftigt. Dass dieses Missverhältnis zu den schwierigsten Aufgaben in meiner Prioritätenliste zählt, kann sich jeder leicht vorstellen.

Es hat in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Einrichtungen gegeben, die sich pädagogische Institute nannten, aber deren hauptsächliche Aufgabe es war, zu kontrollieren, einzupassen und jede Initiative zu ersticken. Der mühselige Prozess der Abschaffung dieser Einrichtungen – hier gehen natürlich auch Arbeitsplätze verloren – wird kompensiert durch die glaubwürdige Politik, die Lehrerbildung noch vor der Curriculumreform zu verbessern und jede freie Stelle zur Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer zu verwenden – jung heißt, unter 35 Jahren. Das System ist durch seine starke Hierarchisierung ohnedies überaltert, und dann kommen noch die zehn Jahre des Parallelsystems dazu.

Die Hochschule ist 1970 aus verschiedenen älteren Institutionen zu einer Universität zusammengefasst worden und spielte eine integrierte Rolle innerhalb des jugoslawischen Hochschulsystems nach 1970. Sie ist eine integrierte Gesamthochschule im deutschen Sinn, in der vier Pädagogische Hochschulen, eine Technische und eine Wirtschaftshochschule mit zweijährigen Abschlüssen voll integriert sind und auch die regionalen Bedürfnisse bedienen. Die Fakultät für Bergbau in Mitrovica ist voll in den Konflikt der geteilten Stadt zwischen Serben und Albanern einbezogen und stellt einen Brennpunkt der politischen Auseinandersetzung dar. Der Erziehungsbereich wird von einem Department of Education and Science geleitet, dem ich als internationaler Beamter vorstehe und dessen Verantwortlichkeit für das Schulsystem ich mir mit dem albanischen Co-Direktor teile. Die Universität untersteht aus mehreren Gründen nicht dem Co-Government. Ich leite sie als International Administrator und habe als Partner den Rektor der Universität, der noch aus dem Parallelsystem kommt und sich auch im Ausland großer Anerkennung erfreut. Die Universität hat etwa 16.000 Studierende, ca. 1.000 Lehrende und 1.000 sonstige Bedienstete, auch hier gibt es ähnliche Probleme wie im Schulbetrieb: ein völlig unflexibles frontales Curriculum, ein überalterter und praxisferner Lehrkörper, eine aufgeblähte und zersplitterte Verwaltung. Natürlich gibt es hier, stärker als im Schulsystem, auch Reform-

inseln und eine intellektuelle Unterstützung für den Neuanfang, aber die vorherrschende Stimmung möchte doch lieber die eigenen kurzen Traditionen in die Zukunft hinüber retten, als den Sprung ins kalte Wasser der Reformen zu wagen.

Im Department arbeiten zehn Internationale, die durch die gleiche Anzahl von Kosovaren ergänzt werden, mein Hochschulamt hat sechs Mitarbeiter. Sie können das auf einen deutschen Stadtstaat mit vergleichbarer Einwohnerschaft, am besten Hamburg, hochrechnen, dann haben Sie eine ungefähre Vorstellung davon, mit welchen Mitteln wir unsere Aufgaben erfüllen. In den fünf Zentralorten sind noch je zwei Educational Advisors regional tätig. Wir wollen uns aber darauf konzentrieren, ein rein zweischichtiges System aufzubauen, bei dem es außer der zentralen Behörde nur Schulämter in den 30 Gemeinden gibt. Diese Gemeinden haben vergleichsweise unterschiedliche Ausdehnung und sind in aller Regel nicht ethnisch homogen zusammengesetzt. Die Entfernungen zu den einzelnen Wohnsiedlungen sind von den Zentralorten her zwar oft gering, aber aufgrund der gebirgigen Struktur und der Straßenverhältnisse ist die Erreichbarkeit außerordentlich schwierig, so dass es viele völlig isolierte und abgeschottete Siedlungen zu betreuen gibt. Vor allem im Winter ist dies ein großes Problem.

Die Ausstattung der Schulen ist unterschiedlich schlecht, wir haben auch noch den Wiederaufbau und die Renovierung von mehreren hundert Objekten vor uns, zur Zeit sind etwa fünfzig in Arbeit. Weitere fünfzig Wiederaufbaumaßnahmen sind abgeschlossen. Das Modell, nach dem wir vorgehen, wollen wir auch für andere Bereiche des Erziehungssektors einsetzen: Anstatt jeden Schulumbau in einem komplizierten Verfahren selbst zu genehmigen oder aber dies alles hilfswilligen NGOs oder Regierungen zu überlassen, die sich nach Gutdünken ihre Objekte aussuchen, haben wir eine Genehmigungsprozedur für alle Umbauten in Kraft gesetzt, die von einem bei uns angesiedelten Schularchitektenbüro verwaltet, bearbeitet und bis zur Entscheidungsreife völlig selbstständig betreut wird. Es handelt sich

um eine Art Agenturbildung im eigenen Bereich, wir denken daran, dies in der allgemeinen und medizinischen Berufsbildung, in der Lehrerausbildung und in einigen anderen Spezialbereichen ähnlich zu machen, wobei es darauf ankommt, dass die Leitagentur in der Lage ist, andere und weitere NGOs und Regierungshilfen an sich zu binden. So wird die GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) im Bereich der Berufsbildung und die kanadische Regierung im Bereich der Lehrerausbildung tätig werden.

Viele Bereiche liegen nicht nur materiell im Argen. Die Diskriminierung von Mädchen und Frauen im Bildungswesen erfolgt überhaupt nicht subtil. Minderheiten wie die Roma haben noch größere Schwierigkeiten bei der Integration in ein einheitliches Bildungswesen als andere. Der Streit um das einheitliche Curriculum, um die Texte in Schulbüchern, um minimale Sofortreformen im Curriculum ist ebenso politisiert wie die Frage, welche Form Zeugnisformulare haben dürfen, um mit den internationalen Richtlinien übereinzustimmen. Die Mehrsprachigkeit ist überhaupt nicht trivial. Ich gebe Ihnen einige praktische Beispiele: Viele Albaner sind sehr schwer davon zu überzeugen, dass es nicht angeht, den albanischen Doppeladler auf ein Zeugnisformular zu drucken oder unter Nationalität „Kosovar“ anzugeben. Über das „o“ oder das „a“ wird in einer makaberen und zugleich höchst wirkungsvollen Weise gestritten.

Alles was wir bisher angefangen haben, steht unter dem Druck der Doppelbödigkeit. Auf der einen Seite ganz normale, komplizierte oder auch routinierte Verwaltungsakte: eine Wiederbesetzungssperre an der Universität, eine Regelung für Unterrichtsausfall und schulfreie Tage an der Schulen, ein Tarifschema für die Hochschullehrer, eine Zulassungsordnung, die Vorbereitung eines Gesetzes über die Senkung des Schuleintrittsalters und die Verlängerung der Pflichtschulzeit, die Schließung einer Außenstelle der Universität. Gerade diese scheinbare Normalität macht die zweite Ebene so prekär: Vertreter der serbischen Minderheit an einigen Orten verweigern jede Kooperation, wenn

es um die Übersetzung eines einheitlichen Curriculums oder Schulbücher geht; andere serbische Lehrer helfen uns, die alten Schulbücher von aggressiven und nationalistischen Textstellen zu befreien. Die Hochschullehrer aus Mitrovica-Nord verweigern die Entgegennahme von Zahlungen, um mir unter der Hand mitzuteilen, dass sie doch darüber verhandeln wollen. Disziplinarfälle müssen spontan entschieden werden, weil es natürlich noch keine vernünftige Verwaltungsgerichtsbarkeit gibt; auch die vielen politischen motivierten kriminellen Handlungen, die an einen herangetragen werden oder von denen man Kenntnis erhält, werden in einem unscharf abgegrenzten Raum zwischen Dienststelle, Polizei und persönlicher Auseinandersetzung geklärt – oder eben nicht.

Es ist ungemein schwierig, wenn jemand versucht, sich von außen vorzustellen, dass die bestehenden Strukturen nicht reformiert werden können, sondern dass man sie teilweise neu erfinden muss. Wenn Sie sich vorstellen, was eine Gemeinde, eine Bezirksregierung und eine oberste Landesbehörde an Differenzierungen und einzelnen Leistungen aufzuweisen hat, dann können Sie sich vorstellen, wie wir uns fühlen. Von der Autoregistrierung über das Katasteramt, über die Regelung sehr schwieriger Eigentumsfragen bis hin zur Verteilung von bosnischen Schulbüchern will alles geplant, organisiert und umgesetzt sein.

Nun ist es ja nicht so, dass gar keine Strukturen vorhanden waren. Aber viele von ihnen sind im wahrsten Sinn des Wortes im Krieg verbrannt, durch die lange Zeit des Konflikts unbrauchbar geworden. Nach der Sicherheitsratsresolution soll UNMIK keine alten Gesetze anwenden, die in irgendeiner Weise den Prinzipien, deretwegen die Intervention erfolgt ist, widersprechen. Ganz pragmatisch hat UNMIK entschieden, dass solche Regeln, die diesen Prinzipien nicht widersprechen, weiter gelten, also die Gesetze und Verordnungen von vor 1989. Was aber bedeutet das in der Spannung von unbrauchbar gewordenem jugoslawischen Recht und dem Zwang, alles neu aufzubauen? In der Universität bedeutete es zum Beispiel, erstmals

so etwas wie Mitbestimmung und Beteiligung von Frauen auf demokratische Weise einzuführen, die alten, wenig demokratischen Mitbeteiligungsrechte zu verändern, aber auf der anderen Seite die Kollektivverträge bei den Beschäftigten erstmals durch ein transparentes individuelles Gehaltsschema abzulösen. Wir müssen neue Formen der Elternbeteiligung, der Schulaufsicht und der Wahl oder Bestellung von Schuldirektoren finden. Was muss in einem zweigliedrigen Verwaltungssystem an die Gemeinde übertragen werden, und wie kann eine vernünftige Leistungskontrolle stattfinden? Wir müssen diese Fragen alle zeitgleich lösen und wissen doch, dass sie unter Rahmenbedingungen gelöst werden, die vordergründig damit nichts zu tun haben. Wenn wieder geschossen wird, wenn mühsam ausgehandelte Kompromisse durch Unbedachtheit oder bewusste Destabilisierung zerstört werden, dann tritt die Wirklichkeit an die Oberfläche, verdrängt die erwünschte Realität. Aber diese Wirklichkeit ist natürlich ständig präsent.

Auf der Fahrt zur westlich gelegenen Stadt Peje fahre ich zunächst durch den großen, überwiegend serbisch besiedelten Ort Amselfeld (Kosovopolje oder Fushe Kosovo), in dem es passieren kann, dass die Serben wegen eines Attentats protestieren und die Straße sperren, oder dass ich vor einer von hohem Stacheldraht umgebenen Schule stehen bleibe und die Kinder beobachte, die von Soldaten geschützt Fußball spielen. Ich fahre weiter, lasse den berühmten, aus den letzten Kriegstagen bekannten Flughafen mit dem russischen Kontingent links liegen und tauche in eine wunderschöne Landschaft ein, deren Idylle bei genauem Hinschauen mehr als trügerisch ist. Hier gibt es viele Dörfer, in denen noch kein Haus wieder aufgebaut ist, und je mehr wir uns den ehemaligen Kampfzonen nähern, desto häufiger sehen wir die gleichförmigen Blumengebinde auf den Massengräbern. Es sind oft ganze Familienklans, die ausgerottet wurden. Die Straße führt an einer großen, nicht alten, serbischen Kirche vorbei, die mit einer gewaltigen Sprengladung von den Albanern in Schutt und Asche gelegt wurde, der uralte Baum davor gleich mit. Die symbolische Zerstörung begleitet

die reale, und wenn man in Peje ankommt, freut man sich schon, dass die Müllberge entlang der Straße ein wenig eingeebnet oder abgetragen worden sind seit dem letzten Besuch. Man fährt dann durch eine Stadt, deren ältere Wohnviertel noch immer weitgehend zerstört sind, obwohl es hier den Anschein hektischer Betriebsamkeit hat. Von hier sind die Flüchtlings-trecks in den Winter geschickt worden Richtung Albanien und Montenegro, und darüber trägt auch nicht die wunderbare klösterliche Stille des serbischen Patriarchenklosters hinweg, von gewaltigen Sicherheitsmaßnahmen geschützt am Eingang zur wunderschönen Rugova Schlucht. Das alles keine zwei Stunden von meinem Büro.

Ein Schulbesuch in der technischen Berufsschule zeigt uns, wie man mit etwas mehr als zwei Millionen Mark eine wirklich gut ausgestattete technische Lehranstalt mit deutschen Maschinen, Ausbildung der Trainer und sogar einem Ersatzteillager errichten kann. Ein besonders geglücktes Beispiel, es ist aber nicht mehr leicht, solche Beträge zusammenzubringen, und der Alltag holt einen ein, wenn man die nächste Schule besichtigt, in der nichts, aber auch gar nichts von dem zu finden ist, was wir gerade gesehen haben. Die Labors mancher Universitätseinrichtungen sind seit 1965, also vor der Universitätsgründung, nicht mehr erneuert worden, fast alles, was nicht niet- und nagelfest war, ist in den letzten Kriegstagen zerstört, vandalisiert oder schlicht gestohlen worden, vieles haben die Serben auch mitgenommen, für alles wurden sie verantwortlich gemacht.

Ich schließe meine kurze Darstellung dort, wo ich sie begonnen habe. Unsere zivile Mission hat längst Abschied genommen von dem Wunsch einer unmittelbaren Umsetzung der großen und erhabenen Ziele, die den Rahmen der Intervention in den Kosovo dargestellt haben. Wir verlieren die Ziele sicher nicht ganz aus den Augen, aber der subtile Übergang vom Überleben zu einem zivilisierten Leben will erst einmal in Angriff genommen werden. Was immer man über die Details der Zusammenarbeit zwischen uns und den Kosovaren sagen mag,

bislang ist der Versuch einer nichtkolonialen Mandatsverwaltung nicht gescheitert. Die unendlich mühsame Auseinandersetzung innerhalb der geteilten Verwaltung lässt die Kosten und den Preis für Demokratie erahnen und löst bei uns manchmal Befremden und Widerwillen gegen die geheichelten Sorgen unserer Heimatländer aus. Was hier im Kosovo an Hass, Unverständnis und auch schlicht krimineller und gewalttätiger Dummheit sich versammelt hat, wird nicht einfach durch eine effektive und gar noch ökonomische Verwaltung beseitigt. Aber denken wir daran, dass Deutschland auch 50 Jahre gebraucht hat, bis es die letzten großen Schlacken seiner gewalttätigen Vergangenheit in Angriff genommen hat.

Wir sind, was den Aufbau ziviler Elemente betrifft, ganz erfolgreich. Es gibt die ersten Richter und Staatsanwälte, eine Rechtsanwaltsprüfung wird eingeführt, Ärzte werden approbiert, junge Lehrer ausgebildet. Wie gesagt, nichts ist normal, ein Richter spricht auch schon einmal einen gewalttätigen Landsmann ohne Umstände frei, Polizei und Militär haben es schwer, einzugreifen und nicht an die verhasste alte Uniform erinnern zu lassen. Wie in jeder Nachkriegszeit, blühen auch die verbotenen Geschäfte, es gibt eine Menge Geld im Land, von dem wir nicht wissen, wo es herkommt, allerdings auch sehr viel Geld, von dem wir uns wünschen, dass es noch weiter ins Land käme: nämlich von den Kosovaren, die in Deutschland, Österreich und der Schweiz leben und ihren Lebensunterhalt an die Familien zu Hause schicken.

Unsere ganze Arbeit kann durch die Art und Weise, wie die Rückführungspolitik auf der Bundesrepublik geschieht, gefährdet werden und das betrifft natürlich meinen Bereich in besonderem Maße. Deshalb freue ich mich, dass gerade Oldenburger Projekte hier vielleicht ein Stück weit die Reformen befördern werden.

Was ist eine zivile Gesellschaft? Eine zivile Gesellschaft ist es, wenn man bei Meinungsverschiedenheiten nicht aufeinander

schießt, wenn der platonische Hass und die traumatische Erfahrung nicht zur Legalisierung der Selbstjustiz führen, wenn man bereit ist, von noch so hehren Symbolen Abschied zu nehmen und mehr an die Zukunft der eigenen Kinder als an die verlorene eigene Geschichte denkt. Wenn sich eine intellektuelle Elite und eine politische Klasse entwickeln, die nicht schon in den Grenzen der jeweiligen Machthaber und Gewalten steckt. Zivil wird es sein, wenn die von uns überwachte Pressefreiheit sich auch inhaltlich niederschlägt und nicht durch den stereotypen Abdruck von Trivialitäten sich erschöpft. Zivil wird es sein, wenn pluralistische Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit nicht als Pflichtübung zur Toleranz, sondern als Bedürfnis begriffen werden. Wir befürchten, dass sich das Interesse der Weltöffentlichkeit und der Hilfsorganisationen bald vom Kosovo abwenden wird und interessanteren, vielleicht sogar objektiv wichtigeren Brennpunkt zuwendet: Was wird sein, wenn Serbien demokratisch wird? Es wäre fatal, wenn die sogenannten Geberländer, wenn die Nichtregierungsorganisationen und die zahlreichen individuellen Helferinnen und Helfer in der Karawane der guten Taten einfach weiterzögen und den Kosovo sich selbst überließen vor der Zeit. Bedenken Sie, dass wegen dieser 10.000 Quadratkilometer eine der wichtigsten Verschiebungen des Völkerrechts zugunsten der Menschenrechte ihren konfliktreichen Anfang nahm.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, ich danke vielen Oldenburgerinnen und Oldenburger für ihre Hilfe und Solidarität, die sie uns im Kosovo zugute kommen lassen, von der Universität bis zu meiner lieben Ärztin, Frau Dr. Elisabeth Niemann, die mir in Priština ab und an über den Weg läuft, und die in den entferntesten Ortschaften des Landes medizinische Hilfe leistet.

*Der Autor***MICHAEL DAXNER (1947)**

Dr. phil., Dr. h.c., Universitätsprofessor für Hochschuldidaktik. Zur Zeit im Auftrag der United Nations Interim Mission in Kosovo (UNMIK) Head of Department of Education and Science und International Administrator der Universität im Kosovo. 1999 Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse.

Studien an den Universitäten Wien und Freiburg/Brsg.; 1972 Promotion zum Dr. phil. 1970 bis 1974 Referent im österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. 1974 Ernennung zum Professor für Hochschuldidaktik an der Universität Osnabrück. 1983 bis 1984 Forschungsaufenthalte in den USA; 1985 bis 1986 Dekan des Fachbereichs Erziehung und Kulturwissenschaften der Universität Osnabrück. 1986 bis 1998 Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Mitglied in zahlreichen Gremien, so u.a. im Beirat der Stiftung „Arbeit und Umwelt“ der IGCPK, des Senats der „Stiftung Niedersachsen“, der International Higher Education Academy of Science in Moskau, der AG „Nachwuchs“ des Wissenschaftsrates, im Executive Committee der International Association of University Presidents (IAUP) (1999-2001 Treasurer IAUP), im Österreichischen Universitätenkuratorium, im Board der Association of European Universities (CRE), des Hochschulrates des Landes Brandenburg, der Dienstrechtsreformkommission beim BmBF, Treasurer IAZP (bis 2001), Leiter der AG „Forschung“ bei CC-HER (Europarat)

Veröffentlichungen zu Fragen der Hochschuldidaktik, Hochschulpolitik und zu Jüdischen Studien. Entstaatlichung und Veröffentlichung. Die Hochschule als republikanischer Ort (Köln

1991); Die Wiederherstellung der Hochschule (Köln 1993); Ist die Uni noch zu retten? (Hamburg 1996).